

Annelie Buntenbach
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des
Deutschen Gewerkschaftsbundes

EGB-Presskonferenz
Enough is enough! Stop the social damage

Brüssel, 25. Januar 2012

Es gilt das gesprochene Wort!

Die deutschen Gewerkschaften sind – wie die europäischen Gewerkschaften insgesamt – sehr besorgt über den sogenannten Fiskalpakt. Hier soll die falsche Austeritätspolitik von Merkel und Sarkozy in einem internationalen Vertrag in Beton gegossen werden – ohne die Chance auf Änderung auf Jahre hinaus.

Wenn substantielle Rechte der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments ausgehebelt werden, fürchte ich Schaden für die Europäische Idee.

Die Schulden der öffentlichen Hand zu senken, ist nicht mit der Brechstange zu machen. Wenn kein Geld mehr da ist für Zukunftsinvestitionen – in die Menschen, in die Produktion, in öffentliche Daseinsvorsorge – wird unsere Wirtschaft über kurz oder lang zum Stillstand gebracht. Genau darauf laufen die aktuellen Sparpläne hinaus – sie bedrohen die ökonomische Entwicklung in Europa.

Die rigide Haushaltskonsolidierungspolitik wird absehbar die Schulden nicht verringern, sondern vergrößern. Mit einer so einseitigen Politik, die nur bei der Ausgabenseite der Haushalte ansetzt, wird die wirtschaftliche Krise sich zur sozialen Krise ausweiten.

Mit dem Kurs von Merkel und Sarkozy werden die ganzen Lasten allein bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgeladen. Sie sollen massive Sozialkürzungen hinnehmen wie die Anhebung des Renteneintrittsalters, Lohnsenkungen, Eingriffe in die Tarifautonomie. Hart erkämpfte soziale Rechte geraten massiv unter Druck.

Wir lehnen diesen Kurs ab, diese absolut einseitige, ungerechte Verteilung der Lasten, und erklären hier ausdrücklich erneut unsere Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien – den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ganz Europas.

Wir haben uns gestern mit einem dringenden Appell an die Mitglieder des Bundestags und des Europäischen Parlaments gewandt: Jeder, der für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Europa eintritt, kann einen solchen Vertrag nur ablehnen. Schon die Überschrift „Fiskalpakt“ ist falsch – es ist ein reiner Haushaltsvertrag, der die Einnahmeseite komplett ignoriert.

Die deutschen Gewerkschaften haben einen Vier-Punkte-Plan beschlossen, in dem sie einen Zukunftsplan für Europa einfordern, einen „New Deal“. Und wir schlagen konkrete Wege vor, wie dieser Zukunftsplan zu finanzieren ist. Dieser „New Deal“ soll über einen europäischen Zukunftsfonds finanziert werden. Dafür sollen weder ein weiteres Mal die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden noch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vielmehr sollen die Reichen ihren Beitrag leisten – entweder mit einer zinslosen Anleihe mit einer Laufzeit von 10 Jahren, die sich auf 3% des Gesamtvermögens belaufen würde, oder mit einer einmaligen Steuer auf Vermögen, die bei 3% liegen sollte, beginnend bei Vermögen von 500.000 Euro (alleinstehend) bzw. 1 Mio. Euro (verheiratet).

Auf diesem Weg können die Reichen eine dreistellige Milliardensumme aufbringen, ohne größere Kosten für die öffentliche Hand in Europa.

Indem die Reichen zu einem so langfristigen Beitrag herangezogen werden, verbessern wir unsere Chancen für erfolgreiches Krisenmanagement und den Aufbau Europas. Dieses Geld ist dringend nötig für Investitionen, um aus der Krise wieder herauszukommen. Investitionen in ökologische Modernisierung, nachhaltige Industrie und öffentliche Daseinsvorsorge. Deutschland wird oft als das Modell für ökonomischen Erfolg gehandelt. Aber dieser ökonomische Erfolg hat eine Seite, die aus gewerkschaftlicher Sicht alles andere als eine Erfolgsgeschichte ist, sondern eine Geschichte von Armut und Ausgrenzung. In Deutschland müssen 22 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich arbeiten, zum Teil zu Löhnen, von denen man nicht leben kann.

Wir wollen nicht, dass Deutschland Niedriglöhne exportiert und im Wettbewerb mit andern Ländern die Löhne auch dort mehr und mehr unter Druck kommen. Die Kritik der ILO ist völlig berechtigt. Deutschland könnte und müsste einen echten Beitrag leisten zu mehr nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung, wenn endlich die Binnennachfrage in Deutschland gestärkt würde.

Auch deshalb brauchen wir dringend klare Regeln für den Arbeitsmarkt, die die Regierung von Kanzlerin Merkel seit Jahren verweigert. Wir werden unseren entschiedenen Kampf für einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn fortsetzen, für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, faire Löhne, gute Arbeit und Arbeitsbedingungen.

In diesem Bereich ist Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern in ausgesprochen schlechter Verfassung.

Wir wissen – das ist die Erfahrung aus unserer Mindestlohnkampagne – dass die breite Mehrheit der Bevölkerung unser Anliegen unterstützt. Statt die falschen deutschen Rezepte wie die Agenda 2010 überall in Europa aufzudrängen, sollte die deutsche Regierung sich für die Eindämmung des Niedriglohnbereichs engagieren, mit klaren, eindeutigen Regeln, die Lohn- und Sozialdumping ausschließen.

Frau Merkel sollte umgehend den gesetzlichen Mindestlohn einführen, und zwar einen, von dem man leben kann. Das ist eine der zentralen Lektionen, die Deutschland von Europa zu lernen hat. Man kann nicht immer so tun, als sei man der Lehrer
